

# Die Freie Presse

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 360.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 196.

Verleger: Carl A. S. Leipzig, 87. Hüttenstr. 11. Druck: Carl A. S. Leipzig, 87. Hüttenstr. 11. Druck: Carl A. S. Leipzig, 87. Hüttenstr. 11.

Zweite Ausgabe

Verleger: Carl A. S. Leipzig, 87. Hüttenstr. 11. Druck: Carl A. S. Leipzig, 87. Hüttenstr. 11. Druck: Carl A. S. Leipzig, 87. Hüttenstr. 11.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Hüttenstr. 11. Telefon Nr. 558. Einzahlung Dr. Brunsbachstr. 11. Geschäftsleitung: Dr. Brunsbachstr. 11. Halle a. S.

Dienstag, 4. August 1903.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernburgerstr. 8. Telefon-Nr. VII Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Wigand in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 4. August.

**\* Die Sozialdemokratie und die preussischen Landtagswahlen.** Die Umkehrung des Wahlreglements bereitet der Sozialdemokratie offenbar einige Schwierigkeiten, wovon ein Artikel über „die preussischen Landtagswahlen“ Zeugnis ablegt. Der sich die „Frankfurter Tagespost“ aus Berlin hat schreiben lassen. Von besonderer ist es die Bestimmung, daß jetzt die etwaige Wahl mehrerer Abgeordneten in einer Wahlkreis zu erfolgen hat, die den sozialdemokratischen Kandidaten etwas Kopfschmerzen verursacht. Es heißt wiederholt in dem Artikel, in dem auch die bekannte und ostentativ zur Schau gestellte Verachtung der Sozialdemokratie gegenüber dem freiwähligen Bürgerum wieder sehr stark hervortritt:

„Es ist die Sozialdemokratie in ein solches Wahlkreis mit dem Besten der Wahlreglements verbunden? Das ist eine Frage, die die Antwort von der Hand zu nehmen. Ein einzelner Wahlkreis gegen eine solche Wahl ist als der Gewinn eines Mandates.“

Der Artikel schreibt nicht nur zu der Ansicht, daß die Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen ganz selbständig unter Ablehnung jedes Kompromisses vorgehen möchte, da das Hauptziel der Wahlbeteiligung viel weniger der Gewinn einiger Mandate, als die durch Agitation zu erzielende Volksregierung ist. „Die Erfahrungen der Reichstagswahlen, bei denen die Freiwähligen der Reaktion ein halbes Dutzend Mandate in die Hände gespielt haben, lassen es vielfach als unüberlegt erscheinen, daß die Sozialdemokratie bei den preussischen Landtagswahlen ganz selbständig vorgeht, wenn sich dadurch ihre Interessen auch nahezu auf Null reduzieren. Niemand ist uns bis jetzt die Erwerbung von Mandaten der Hauptzweck der Wahlkämpfe gewesen.“

„Was ähnlich hat sich der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 21. Juli ausgesprochen: „Wir können einen neuen Versuch des Freiwählens an seinen eigenen Grundbesitz tragen, denn unser Ziel bei den preussischen Landtagswahlen ist nicht in erster Linie der Gewinn einiger Mandate, sondern die Verwirklichung des Volkes gegen das hundertjährige Unrecht in der Landesregierung und in preussischen Wahlkreisen.“

Das alles beweist doch, daß es der Sozialdemokratie gar nicht um positive Mitarbeit an den Verhandlungen des Landtags im Interesse des preussischen Volkes zu tun ist, sondern um eine neue Art und Gelegenheit der Hege. Daraus sollte aber weiter folgen, daß die in positiver Arbeit schaffenden bürgerlichen Parteien guten und gerechten Grund haben, durch sozialdemokratische Agitation die Landtagsarbeiten nicht führen zu lassen, sondern diese Gelegenheit, die nicht weniger als Volksverleumdung sein wollen, dem Landtage prinzipiell fernzuführen.

**\* Die Förderung des Deutschtums in Polen.** Zu den jüngsten Angriffen gegen die Anstehungskommission teilte die „Nat.-Ztg.“ folgende Aufzählung mit:

Die Anstehungskommission wird sehr mit Unrecht wegen ihrer größeren Annahme von deutschen Kandidaten in der Provinz Posen angegriffen. Für jeden Kenner der Verhältnisse waren diese Annahme eine nationale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Nach jahrelanger Erfahrung und Beobachtung sind diese großen Kommissarische außerordentlich fröhliche Bemühung für eine erfolgreiche Germanisation, wie dies auch kürzlich Dr. Leo Wegener in seiner Schrift „Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen“ treffend nachgewiesen hat. Diese im förmlichen Besitz oder im Eigentum von außerhalb wohnenden Magnaten befindlichen Verhältnisse werden von Verordnungen getrieben, die für den nationalen Wohlstand und höhere volkswirtschaftliche Aufgaben in der Provinz Posen nachteilig sind. Die Begriffe und Unterschiede von „deutsch“ und „polnisch“ sind diesen Leuten vollkommen gleichgültig. Die Masse der Ostpolen ist polnisch, nur einzelne Beamte sind deutsch; die ganze Dienstbesetzung ist polnisch. Bei Vergabung von Ämtern werden die deutschen Bewerber nicht berücksichtigt, obwohl wenig wird für den deutschen Schulunterricht getan, dem polnischen Einfluß des polnischen Stems und seiner verheerenden Propaganda wird in keiner Weise geteilt. Die natürliche Folge ist, daß auf diesen Verhältnissen in deutschen Besitz nur polnische Stimmen abgegeben werden. Dieser Schwundbeweis fördert also geradezu das Polentum, zum mindesten konterreißt er es in unverständlicher Weise. Es ist er verabsäumt, um so besser! Kaufleute und Wandernde von deutschen Bauern, Arbeiter und Arbeiter können auf diesen Verhältnissen eine gefährliche Wirkung finden. Was heißt denn „germanisieren“? Doch nichts anderes als: den Diktator viel, möglichst viel frisches deutsches Blut zu führen! Die Anstehungskommission erwirkt sich somit ein unübersehbares Verdienst, wenn sie sich tatlos an die Umwandlung dieser national wie volkswirtschaftlich gleich schädlichen Zustände in lebensfähige, deutsche preussische Anstehungen verannagt!“

**\* Der sozialdemokratische Vizepräsident.** Zu den Erörterungen über den sozialdemokratischen Vizepräsidenten im Reichstage erhält die „Neustädter“ eine Zuschrift, in der es heißt: „Bezeichnend ist es für die ganze Sachlage, daß die Sozialdemokraten selber ganz offen diesen „Beitritt“ nur als letzte Form bezeichnen, als „Ausweichung“, um bestmöglichst zu vermeiden, mit anderen Worten: dem Sozialdemokraten ohne Inhalt wird er dadurch, während jeder Deutsche in dem dem Reichstagspräsidenten erbetenen Empfang eine Würdigung der Bedeutung des deutschen Volkes vor seiner Arbeit sieht. Die die Bestimmungen der sozialdemokratischen Partei für sich von diesem Gesichtspunkte aus nicht, muß zugeben, daß die Absicht eines

Empfanges durch Se. Majestät die Wahrscheinlichkeit für sich hat. Wenn trotzdem von ernsthaften Politikern und Mitgliedern der sogenannten bürgerlichen Parteien an eine solche Wahl gedacht wird, so mögen sie sich vor ihrem Gewissen und ihren Wählern verantworten; wie Konstantinen wollen aber nicht mitmachen.“

**\* Von der Nordlandreise des Kaisers.** Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, nahm der Kaiser am Sonnabend in Drontheim die Vorträge des Chefs des Marineministeriums und der Vertreter des Militärkabinetts und des Auswärtigen Amtes entgegen.

**\* Am Kaisermandat, welches das 4. und 12. Armeekorps** abhalten, wird auch die ganze Automobil-Abteilung der Eisenbahndirektion teilnehmen; ihre 22 Fahrzeuge werden der Verbesserung von Weidungen und Beronen dienen.

**\* Regierungsjubiläum des Herzogs Ernst.** Am gestrigen Montage wurde in Altenburg das 50jährige Regierungsjubiläum des Herzogs Ernst gefeiert.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Derzog Ernst von Sachsen-Altenburg blickt am heutigen Tage auf eine 50jährige Regierung zurück; mit den Bewohnern der unter seinem weisen Scepter blühenden altenburgischen Lande nimmt das gesamte Vaterland herzlich Anteil an diesem Gedenktage, der dem Lebenswert des ehrwürdigen deutschen Bundesfürsten gewidmet ist. Wenn wir uns heute der Verdienste, die der Herzog in den großen Jahren der Reichsregiment durch seine Haltung als Landesfürst wie im Felde sich um die nationale Sache erworben. Wir begrüßen den hohen Jubilar mit ehrerbietigen Glückwünschen und der Hoffnung, daß er noch viele Jahre der Liebe seines Volkes und der Verehrung der deutschen Patrioten erhalten bleiben wird.“

Das Gestalt sämtlicher Glocken in den Kirchen des Landes leitete das Fest ein. Vormittags wurden allenfalls Festgottesdienste abgehalten. Dem Gottesdienste in der Schloßkirche wohnte der Herzog bei. Nach dem Gottesdienste nahm der Herzog eine Parade über das 8. Thüringische Infanterie-Regiment Nr. 158 und die Militär- und Kriegsverwehre des Landes ab und begab sich sodann zur Krönungsurkunde der Aufnahme der Stadt nach dem Marktplatz. Oberbürgermeister Oswald hielt die Festrede. Der Herzog dankte in bewegten Worten und begab sich hierauf nach dem Schloß. Nachmittags wurde im Hofstadel das Festspiel „Ernelina“ von Eckart aufgeführt. Auf dem Marktplatz wurde ein Marktfest veranstaltet, während im Schloß ein Familienfest abgehalten wurde. Abends war die Stadt illuminiert. Der Herzog hat anlässlich seines Jubiläums einer großen Anzahl verurteilter Personen Gnadenverweisungen dadurch zu teil werden lassen, daß er ihnen die Strafe völlig oder teilweise erlassen oder die Umwandlung in niedrigere Strafen usw. verfügt hat.

**\* Der König von Sachsen** hat dem Oberpräsidenten von Schlesien 1500 Mk. für die Lebensversicherung in Schlesien überandt.

**\* Beileidsbesuche.** Wie nachträglich bekannt wird, befand sich unter den beim Tode des Generaldirektors Adolph Wiedle der Familie ausgenommenen Beileidsbesuchern auch ein Schreiben des Reichstagspräsidenten an die Witwe.

**\* Kultusminister Dr. Erdt** traf Montag nachmittag in Breslau ein und besuchte das vom Hofrat Dr. Hoffmann geleitete Institut der Universität und andere von der Stadt besetzte Gebäude der Stadt. Hierzu unternahm der Minister eine Fahrt durch den Landkreis Breslau.

**\* Vernehmlichkeitsverfahren.** Zum Generalinspektoren in Anhalt wurde Superintendent Müller in Mühlenthal ernannt. — Der Landgerichtsdirektor Frohmann in Magdeburg ist zum Mitglied der kaiserlichen Disziplinarkammer bestellt ernannt.

**\* Der heimische Seeverkehr** beim Überbauamt von Nordamerika, Wien, reiß nach Europa ab. Er wird die Ferien benutzen, um die deutsche Seeverkehrsmittelkontrolle zu studieren.

**\* Mahnung und Logit.** Den sozialdemokratischen Parteitag, der am 13. September und den folgenden Tagen in Dresden abgehalten werden soll, hat der „Vorwärts“ mit langatmigen Parolen angekündigt als ein „Siegesfest der Drei-Millionen-Partei“. Bezüglich dieser drei Millionen entschließt sich der „Vorwärts“ aber im Verlauf seiner Erklärung das Eingeständnis, daß ein guter Teil davon auf das Konto der sogenannten „Mitteläufer“, d. h. derjenigen zu setzen sei, die ohne sozialdemokratisch getünzt zu sein, bei den Wahlen ihrer Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen durch die Abgabe eines Stimmzettels für den sozialdemokratischen Kandidaten Ausdruck geben zu müssen vermeinten. Die Ergründung dieser „Mitteläufer“ wird von den sozialdemokratischen Zentralorganen etwas verschämt angegeben und die Hoffnung ausgesprochen, es werde gelingen, dieselben sozialistisch zu fertigen. Früher war man im sozialdemokratischen Lager in diesem Punkte aufsprichtiger und — richtigerlos. Wir entsinnen uns noch fulminanter Reden von Debel und anderen „Genossen“ auf früheren Parteitagen gegen die „unsicheren Antonien“, welche sich der Sozialdemokratie an die Nachfolge hängten, um sie im Augenblick des Erstes im Stich zu lassen. Damals g. ten diese „Mitteläufer“ als ein Schaden an Parteiförderung; heute beherricht der Zahlenbündel die „leidenden Kreise“ der Sozialdemokratie und das Schlagwort von der Drei-Millionen-Partei drängt alles andere in den Hintergrund. Man hat die Anziehungskraft großer Zahlen erntet und macht sie sich zu nuge. Die Bemerkung des „Vorwärts“, die sozialdemokratische Agitation werde sich vornehmlich wieder dem platten Lande zuwenden müssen, zeigt den bürgerlichen Parteien, wo der Widerstand am notwendigsten

ist. Das sozialdemokratische Parteitag richtet schließlich einen Appell an die Parteigenossen, die „sozialistische Klarheit“ bei den Wahlen zu fördern. Diese Mahnung sollten auch die bürgerlichen Parteien beherzigen, indem sie dafür sorgen, daß mehr und mehr „Klarheit“ verbreitet wird über die Tendenzen der Sozialdemokratie. Wenn man im gegebenen Fall die Praxis mit der Theorie in Einklang gebracht wird, werden die bürgerlichen Entscheidungen zeigen, als sie die letzten Wahlen gestaltet haben.

Wie dringend notwendig die Verbreitung der „Klarheit“ über die sozialdemokratischen Absichten und Ziele ist, läßt sich unseres Erachtens auch aus dem Fall des Oberpostdirektionssekretärs Wagner schließen, der in den letzten Tagen die Presse lebhaft beschäftigte. Zweifellos jähnte der Genannte früher nur zu den „Mitteläufern“. Die „Zeitung“, die ihm die „Genossen“ angeblich liehen, hat ihn vollends der Sozialdemokratie zugeführt. Selbstverständlich war damit das Ende seiner Beamtenlaufbahn gegeben. Wenn die sozialdemokratische Presse jetzt über die Disziplinierungsforderung die gegen Wagner eingeleitet wurde, Aufrechterhaltung der Front mit dem Recht der bürgerlichen Presse nach, die an das Verbot der Parteimitglieder erinnert: „Aber nicht pariert, liegt hinaus!“ Konsequenterweise sollte auch die Sozialdemokratie erkennen, daß ein Mann, der sich zu freien staatsfeindlichen Tendenzen bekennt, im Dienste des Staates nicht bleiben kann.

**\* Die Direction der Gesellschaft für Marconis drahtlose Telegraphie** hat in einem an die Redaktion der „Times“ gerichteten Briefe vom 4. August in Berlin zusammengetretene internationale Konferenz Einigung zu machen, um die englischen Telegraphen nammentlich von Vorkommen zu bannen. Die englischen Telegraphen, die englische Marconis-Gesellschaft zu Gunsten deutscher Gesellschaften zu fördern. Damit ist die der Konferenz vorgelegte internationale Regelung der drahtlosen Telegraphie gemeint, daß nämlich Meldungen von und nach Schiffen ohne Rücksicht auf das angewandte System angenommen und befördert werden sollen. Das ist die Intention der Marconis-Gesellschaft — zunächst aus technischen Gründen unmöglich, und wenn möglich, nur auf Kosten des technisch vorgezeichneten Systems. Das Ganze hat darauf berechnet, den Deutschen Vorteile zuwenden, die sie im Wege der Konkurrenz nicht erlangen könnten. Die ganze Agitation der Marconis-Gesellschaft, die durch die Gesellschaft die Klausel aufnehmen, daß nur Marconis-Apparate verwendet werden dürfen, wurde jetzt gefördert. Es sei auch nach geschäftlichen Standpunkte aus unbillig, ein solches Ansehen an die Marconis-Gesellschaft zu stellen. Das wäre gerade so, wie wenn man einer Telegraphen-Gesellschaft mit einer großen Zahl von Anhängern den Vorteil mit den Anhängern jedes neuen Gesellschaft, die in diesem Bezirke Geschäfte machen wollte, aufzuweisen wollte. Zum Glück geteilt aber die Marconis-Gesellschaft selbst ein, daß sie sich „über den natürlichen Wettbewerb“ gestellt hat und dieses Vorrecht nicht darauf verwenden will.

**\* Märkisch-Polener Schützenbund.** Aus Bosen wird der „Soff. Ztg.“ berichtet: Zur Reorganisation des Märkisch-Polener Schützenbundes wird eine Versammlung von Delegierten und den Vorsitzenden einberufen. Die auswärtigen Gilden kontragen im Statut unter zwei aufzunehmen: Förderung des Deutschtums in der Provinz Posen.

**\* Wassereinfuhr in China.** Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Bekanntlich hat die sinesische Regierung auf Verlangen der Mächte durch ein auch im Berliner Schlußprotokoll (Artikel V) aufgenommenes kaiserlich sinesisches Edikt vom 22. August 1901 die Einfuhr von Wasser und Wassermaterial nach China auf die Dauer von zwei Jahren verboten. Es heißt jetzt jetzt, daß über die Frage der etwaigen Verlängerung dieses Verbots unter den Vertretern der Mächte in Peking keine Übereinkunft zu erzielen gewesen ist, vielmehr sollen mehrere Vertreter gegen die Verlängerung sich ausgesprochen haben. Da die sinesische Regierung die Aufhebung des Verbots erstrebt und sie zur Verlängerung des Verbots gemäß Artikel V des Schlußprotokolls nur auf Verlangen der Signatarmächte verpflichtet ist, ist es als hochinteressant anzusehen, daß das Verbot nach Ablauf der zweiährigen Frist inoffizielle Nichterneuerung stillschweigend außer Kraft tritt. Es ist anzunehmen, daß abdem auch die Mächte die von ihnen erbetenen Verbote der Einfuhr von Wasser und Wassermaterial nach China alsbald aufheben werden. Für Deutschland ist das entsprechende Verbot durch Allerhöchste Verordnung vom 6. August 1900, Reichsgesetzblatt Seite 789, zu ergänzen.

**\* Dienstreise des Staatsanwalts Frhr. v. Rehder** im Bezirk Bismarck. Aus einem Bericht des Staatsanwalts Frhr. v. Rehder über eine Dienstreise im Bezirk Bismarck entnehmen wir folgende Mitteilungen: „Während die hier (auf dem Samstagsfeste) mit drei Asteris an Bord der „Geborg von Wismann“ ab und zu nächst zum Doppelhof von Städtl. Städtl. Städtl. Die Fahrt von Städtl. ist durch eine vorliegende Anleihe gut geführt, die Einfahrt ist bequemer, der Dampf kann nahe an das Ufer heran. Am Doppelhof liegt ein kleines Dorf. Der Doppelhof hat den englischen Dampf liegt unterhalb davon an einem anderen Ort. Am 6. März markierte ich in die Ebene von Städtl. Sie ist gut bebaut und angebaut. Ein Teil ist allerdings durch Lebensversicherung off derumpft (alter Seeboden). Die Bevölkerung ist gemischt: Wafiska, Wafiska, Wafiska, Wafiska. Die Wafiska treiben zum Teil Fischfang zwischen den Ufern Hainen und Hainen. In den meisten ihrer Dörfer sind Wafiskas. In viele ist sogar eine Steinstraße mit Wafiskas. Hier ehemalige Wafiskas haben sich zu einem Dorf vereinigt. Man baut Reis, Tabak und etwas Sesam. Sesam wird überaus von Städtl. an nordwärts hinaus des Sees bis nach Hainen hinein in möglichem Umfang gebaut und befrucht sehr gut. Die vom nordwärts Wafiskas vertriehen sich der Wafiskas gegenüber ruhig. Sie sind weniger Händler als Wafiskas. Die Landfläche Städtl. hat etwa 86 Dörfer mit 1000 Männern, 1500 Weibern und 1200 Kindern. Die genaue Zählung ist nicht ganz abgeschlossen. Wafiskas dieser Landfläche liegt das Land Hainen, best Wafiskas ist am 10. März erlosche. Die Wafiskas liegt auf einem Hügel am Strand einer kleinen





